

# Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

**Personen-**  
Annahme-Bureaus.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmsstr. 17)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitstraße 14.  
in Gnesen bei Ch. Spindler,  
in Gräb bei F. Streisand,  
in Lüderitz bei Ph. Matthias.

**Personen-**  
Annahme-Bureaus.  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei G. J. Darke & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Rudolph Moosé.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Javalsdank“.

Mr. 695.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 4. Oktober.

Entferne 20 Pf. die schmal gesparten Petzelle oder deren Raum, Petzelle verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgen 7 Uhr erschienene Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

**Amtliches.**

Berlin, 2. Oktober. Der König hat geruht: den praktischen Arzt Oberamts-Bundarist Dr. med. Theodor Hafner zum ärztlichen Direktor (Amtsarzt) des Fürst-Karl-Landes-Hospitals zu Sigmaringen zu ernennen; sowie dem Landgerichts-Sekretär Boehncke in Lyc bei seiner Verziehung in den Ruhestand den Charakter als Kanzleirath, dem Hauptzollamts-Rendanten Hammers in Mittelwalde zu seinem Übertritt in den Ruhestand den Charakter als Rechnungsrath, und dem Polizei-Arbeiter Dr. jur. Leykam zu Frankfurt a. M. den Charakter als Polizeirath zu verleihen.

Dem Kataster-Kontrolleur Jacobi zu Schmalkalden ist bei seinem Übertritt in den Ruhestand der Charakter als Steuer-Inspektor verliehen worden.

Dem ordentlichen Lehrer am Gymnasium in Gumbinnen, Georg Rummel, ist das Prädikat „Oberlehrer“ beigelegt worden. Der ordentliche Lehrer am Gymnasium zu Stendal, Dr. Berkusky ist unter Beförderung zum Oberlehrer an das Gymnasium zu Köslin berufen worden. Die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Gussnerom an der Dorotheenstädtischen Realschule in Berlin zum Oberlehrer ist genehmigt worden.

Vergest sind: der Amtsgerichtsrath Schweinitz in Elsterwerda an das Amtsgericht in Eisleben, der Amtsrichter von Goetz in Oppeln als Landrichter an das Landgericht in Beuthen O/Schl. und der Amtsrichter Goldschmidt in Kosten als Landrichter an das Landgericht in Posen. Die nachgesuchte Dienstentlassung ist ertheilt: dem Amtsgerichtsrath Brauns in Langensalza mit Pension und dem Landgerichtsrath Bettingen in Saarbrücken, dem Amtsgerichtsrath Richtardi in Nowa Zyla, dem Amtsgerichtsrath Ruester in Kalisz a. M. In die Liste der Rechtsanwälte ist eingetragen: der bisherige Amtsrichter Beelitz in Pyritz bei dem Landgericht in Stettin. In der Liste der Rechtsanwälte ist gelöscht: der Rechtsanwalt Kertfing in Hohenzollern bei dem Landgericht in Rastenfeld. Der Rechtsanwalt und Notar Justizrat Dippe in Tilsit ist gestorben.

Der König hat den Schullehrern z. Farczewski zu Bützow im Kreise Samter, und Górska zu Koszko im Kreise Kröben den Adler der Inhaber des fgl. Hausordens von Hohenzollern zu verleihen geruht.

**Politische Uebersicht.**

Posen, 4. Oktober.

Bezüglich der von uns nur mit Vorbehalt gebrachten Zeitungsnachricht, nach welcher Kronprinz Rudolf von Österreich in Berlin vornehmen Fremden gegenüber geäußert haben soll, man finde in Wien die Entwicklung der orientalischen Frage weniger bedenklich, Russland und Österreich könnten sich dergestalt vertragen, daß Ersteres Konstantinopel in Besitz nehme, wenn Österreich gestattet würde, nach Saloniki zu gehen, ist die „Wiener Abendpost“ beauftragt, formell zu erklären, daß eine solche Neuflucht von dem Kronprinzen Rudolf Niemandem gegenüber gemacht worden ist.

Die Einberufung des Landtages ist, wie die „N. A. Z.“ schreibt, nach Mittheilung von verschiedenen Seiten für die letzte Oktoberwoche — wie es heißt, für den 26. — in Aussicht genommen.

Der Bundesrat wird, wie bereits telegraphisch mitgetheilt, zu einer neuen Session am 20. Oktober zusammenentreten. Wie man vermuthet, wird dem Herkommen früherer Jahre entsprechend der bleibende Aufenthalt des Reichskanzlers in Berlin kaum vor dem Januar 1. J. zu erwarten sein. Der Bundesrat wird zunächst sich mit den üblichen Zusammensetzungen der Ausschüsse, dann aber, wie man versichert, noch mit einer langen Reihe von Verwaltungs-Angelegenheiten zu beschäftigen haben, bevor derselbe sich mit legislatorischen Arbeiten befassen möchte, für deren Erledigung ohnehin bis zum Zusammentritt des Reichstages nahezu 4 Monate übrig bleiben. Irrthümlich ist, wie die „Nat. Ztg.“ mittheilt, die Ansicht, daß sofort nach dem Zusammentritt des Bundesrates die durch die neue Geschäftsordnung eingeführten Ministerberathungen stattfinden sollen. — Die Sitzungen des Staatsministeriums besaffen sich, wie man denselben Blatte berichtet, jetzt im Wesentlichen mit den Landtagsvorlagen. Es wird die Absicht ausgesprochen, von diesen zunächst den Staatshaushaltsetat in Angriff zu nehmen und möglichst vor Ablauf des Jahres zu erledigen. Wenn sich daher bestätigen sollte, daß die sozialpolitischen Entwürfe des Reichskanzlers zunächst an den Landtag gelangen würden, so möchte ihre Verathung kaum vor Anfang des nächsten Jahres erfolgen, also zu einer Zeit, in welcher Fürst Bismarck eventuell in Berlin anwesend sein und sich an den betreffenden Arbeiten betheiligen könnte. Es wird daran festgehalten, daß es allerdings in der Absicht des Fürsten liege, die Entwürfe zuerst in Preußen auszuführen.

Ebenfalls der „N.-Z.“ zufolge liegt es gar nicht in der Absicht der preußischen Regierung, den Landtag schon in nächster Zeit mit Vorlagen über die Sekundärbahnen und das Kanalwesen zu besinnen und die Entsendung des Geh. Rath von Weber nach Amerika hat denn auch mit dieser Angelegenheit gar nichts zu thun gehabt. Das Material, welches in

Bezug auf die Angelegenheit gesammelt worden, Berichte und Gutachten, die außer jenen des Herrn v. Weber zahlreich vorliegen, sind noch gar nicht abgeschlossen und namentlich bezüglich der Wasserstrafen die Kostenanschläge noch zu vervollständigen. In Betreff der Sekundär-Bahnen hört man, daß die fröhre Abneigung gegen Erlaß begrenzter Gesetze noch nicht gehoben sei und vielleicht nur die Aufstellung von Normativbedingungen beliebt werden möchte. Doch sind auch darüber bestimmte Entschlüsse noch vorbehalten.

Wie der „Aktionair“ behauptet, werden schon in dem Etat, welcher dem Landtage zunächst vorgelegt werden wird, Kreide für den neuen Volkswirtschaftsrath, über dessen Bildung die Verhandlungen schon vorgeschritten sind, in Anspruch genommen werden. Eine besondere Gesetzesvorlage wird nicht für erforderlich erachtet.

Die „Freihandels-Korresp.“ schreibt: „Die lebhafte Befürwortung des Projekts eines Volkswirtschaftsrath in demjenigen Theile der Presse, welcher allen mit der neuen Wirtschaftspolitik in Verbindung stehenden Maßregeln lautem Besitz schenkt, macht vielfach den Eindruck, als ob es bisher für die Regierungen ganz unmöglich gewesen sei, sich für die von ihr vorbereiteten wirtschaftspolitischen Gesetze fundiungen Beirath aus den Kreisen der Hauptbeteiligten zu verschaffen, und als ob erst jetzt diesem Mangel durch die Errichtung eines volkswirtschaftlichen Senats abgeholfen werden solle. Dies ist aber durchaus unzutreffend. In den überall in Deutschland bestehenden Handels- und Gewerbebeamten und Kaufmännischen Korporationen, den ebenfalls über ganz Deutschland verbreiteten landwirtschaftlichen Vereinen mit ihrer Spitze, dem Landwirthschaftsrath, in der fast unabsehbaren Reihe von gewerblichen Fachvereinen, welche theils zu großen Verbänden vereint, theils auf lokal Wirklichkeit beschränkt sind, stehen der Regierung vielmehr jeder Zeit die reichen Quellen der Information über alle wirtschaftlichen Verhältnisse zu Gebote, wosfern sie nur den Willen besitzt, sich mit Beiseitellassung jeder einseitigen Tendenz möglichst umfassend zu informieren. Daß es für die Regierung bequemer ist, zur Einholung der wünschenswerthen Auskunft stets ein leicht zu versammelndes Kollegium zur Hand zu haben, welches die verschiedenen Interessengruppen gewissermaßen in konzentrierter Form enthält, ist allerdings zuzugeben, aber dieser Vortheil ist verschwindend gering gegen den großen Nachtheil, daß in den meisten Fragen nur wenige Mitglieder des Kollegiums als eigentliche Sachverständige gelten können. Wie sehr hierunter das Ansehen einer solchen Körperschaft leidet, hat sich noch in den letzten Jahren recht deutlich gezeigt an dem französischen Bundestag, wo der Industrie, welchem die projektierte deutsche Institution, wenn auch unter einigen Modifikationen, doch in ihrem Wesen nachgebildet sei wurde. Der übrigens sehr selten zusammenverufene Conseil supérieur hatte sich nämlich i. J. 1876 mit der Aufstellung des neuen französischen Zolltariffs zu beschäftigen. Dabei konnte es nicht a.bleiben, daß häufig die Qualität eines Sachverständigen eine ganz absonderliche Ausdehnung erfuhr. Die Landwirthe, Getreidehändler, Bankiers, Händler, Eisenindustriellen, Ministerialbeamten gaben ohne Bedenken ihr „sachverständiges“ Urtheil über die Zölle für Baumwollgarne z. ab; als Referent der Kommission, welche die Zollsätze für alle Industrien außer der Textilindustrie vorzubereiten hatte, fungierte ein Landwirth, welcher im Eingange seines Berichts zu seiner Entschuldigung anführt, daß er als „simple et modeste agriculteur“ von der Materie ja nichts verstehe! Das Elaborat dieses volkswirtschaftlichen Beiraths hat dann ein eigenartiges Schicksal gehabt. Die Regierung nahm zunächst einige Änderungen daran vor und brachte es darauf als Gesetzentwurf in den Kammern ein. Beide Kammern bewiesen aber gar keinen Respekt vor der sachverständigen Weisheit des Conseil supérieur. Die Deputirtenkammer setzte eine besondere große Kommission ein, welche selbständig eine große Zahl von Sachverständigen abhört und dann den Entwurf in vielen Punkten änderte. Bei der Berathung im Plenum, welche erst im Frühjahr d. J. stattfand und sich mehrere Monate hinzog, wurde jedoch der Kommissionsentwurf wieder in vielen Theilen umgestoßen; nach allen diesen manigfachen Schicksalen wird der neue Tarif nun noch den Senat zu passiren haben. Dieser ist aber inzwischen keineswegs mühsig gewesen, sondern hat schon vor ca. drei Jahren eine Kommission ernannt, welche ebenfalls auf eigene Faust eine umfangreiche Enquête veranstaltete, gerade als ob die im Conseil supérieur konzentrierte Sachkunde gar nicht auf der Welt wäre! Daneben haben es sich natürlich die verschiedenen Interessenten nicht nehmen lassen, in Petitionen und öffentlichen Versammlungen für ihre Anschaulichkeiten zu agitieren, und durch alle diese Vorgänge ist der Conseil supérieur mit seinem Tarif von 1876 vollständig in den Hintergrund gedrängt worden. Es ist kaum nötig, auf die aus diesem Verlauf der Sache zu entnehmende Lehre ausdrücklich hinzuweisen. Die Entwicklung der Verhältnisse hat die Berathung der speziellen Fachgenossen und Interessenten unter einander so erleichtert und die Entwicklung des öffentlichen Lebens die Ausübung des Petitionsrechts und die freie Diskussion über wirtschaftspolitische Maßregeln in so weite Kreise getragen, daß ein Conseil supérieur, welcher seiner Vorgeschichte in Frankreich und seinen Grundlagen nach eine bürokratische Einrichtung ist, in den meisten Fällen weder mit seiner Sachkunde noch mit seiner amtlichen Autorität neben der auf allen Gebieten bereits organisierten oder sich organisierenden Wahrnehmungen wirtschaftlicher Interessen bestehen kann, welche in ihrem engeren Zusammenhange mit dem praktischen Leben und der breiten Grundlage ihrer Informationen einen nicht auszugleichenden Vorzug besitzt.“

Nach den Informationen der „Pos. Ztg.“ halten mehrere Bundesregierungen, voran die preußische, den Zeitpunkt für eine allgemeine Revision des Strafgesetzbuches, welche bereits vor einigen Jahren im Bundesrat angestrebt, aber damals als inopportun fallen gelassen wurde, jetzt für gekommen. Inwiefern diese Nachricht richtig ist, wissen wir nicht, glauben sie jedoch unseren Lesern nicht vorenthalten zu sollen. Die „Magd. Ztg.“ bringt ihrerseits etwas Näheres über die Motive der Revision, indem sie schreibt:

„Die amtliche Statistik soll eine sehr bedeutende Zunahme der

Verbrechen in den letzten fünf Jahren — man spricht von ungefähr 40 Prozent — ergeben haben. In hiesigen Regierungskreisen herrscht die Ansicht vor, daß das Strafgesetzbuch und die Methode der Strafvollstreckung sich als unfähig erwiesen haben, dem Anwachsen des Verbrechenthums Einhalt zu thun, daß das Strafgesetzbuch dem friedlichen Bürger, sowie dem Wächter des Gesetzes und den allgemeinen staatlichen Interessen nicht hinreichenden Schutz gewähre, daß aber die der Regierung obliegende Vorsorge für das öffentliche Wohl nicht erst dann wirksam werden dürfe, wenn der Zustand der äußern Gefahr und Nothwehr bereits eingetreten sei.“

Zur inneren Lage wird der „Bresl. Ztg.“ aus Berlin geschrieben:

„Als es sich vor einem Jahre um die Wahlen zum Landtage und vor zwei Jahren um die Wahlen zum Reichstag handelte, bewarben sich die Konseriativen um Mandate mit der Versicherung, daß sie die Politik des Fürsten Bismarck unterstützen wollen; heute, wo sie, Dank der Schwäche, welche die Mehrheit der Wähler damals gezeigt, im Verein mit dem Zentrum über die Majorität verfügen können, suchen sie dem Fürsten Bismarck ihre Politik aufzudrängen unter dem Vorbehalt, daß sie die Majorität des Volkes vertreten. Die Wünsche der „Pos.“ und der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, es mögen sich die genüglichen Elemente der Konseriativen mit den gemäßigten der Liberalen zu einer konservativ-liberalen Mittelpartei vereinigen, finden in den parlamentarischen Fraktionen wie in der Preußischen zurückweisung. Die früher sogenannten Neukonservativen, die sich in der Diskussion über die Kreisordnung und über die Kirchengesetze unzweifelhaft verdient erwiesen, sind seit der Verschmelzung der konservativen Fraktionen ganz und gar in das Schleppen genommen worden und die hochkirchlichen Heißsporne sind die Führer der Partei. Das Ziel derselben aber verfündet der „Reichsbote“ das schneidige Organ der Declarantenpartei, heute und eigentlich täglich, dahin, daß alle Gesetze der liberalen Era geändert werden müssen. Fürst Bismarck hat von echt parlamentarischem Geiste doch mehr in sich, als man ihm gemeinhin zutraut und wenn bei den nächsten Reichstagswahlen die Konseriativen wiederum einen ähnlichen Sieg erzielen sollten, wie vor zwei Jahren, wird er sich nicht sträuben, ihr Programm, das ohnehin mit seiner inneren Herzensmeinung zusammenfällt, durchzuführen. Zu den liberalen Gesetzen, welche als abchaffenswert bezeichnet werden, gehört auch das Civilstandsgebot, das in der heutigen Nummer des „Reichsboten“ an zwei Stellen paradiert. Die obligatorische Civilehe soll angeblich gegen das christliche Gewissen des Volkes verstossen. In dieser Beziehung sind nun die Ultramontanen anderer Ansicht. Sie lieben zwar die obligatorische Civilehe nicht, aber sie zeigen sich auch nicht besonders eifrig, dieselbe abzuschaffen. Sie werden nun verworthen, die sie den Konseriativen machen und die Konfessionen verlangen. Das Civilehegesetz ist den Ultramontanen das Exträtigste an der ganzen Kirchengesetzgebung und sie werden den Konseriativen die Abschaffung derselben zugeschenken, wenn alle Maßnahmen geändert werden. Das Civilehegesetz werden wir also behalten, bis wir ganz und gar nach Canossa gehen sollen. Auf dem ganzen Gebiete der nicht wirtschaftlichen Gesetzgebung sind wir dagegen jetzt schon reif zur vollständigen Umkehr. In Münster hat die Zentrumspartei die Parole ausgegeben: „Fort mit der Gewerbebefreiheit“, und den Konseriativen ist diese Parole ganz und gar aus der Seele geschrieben und die jetzige Reichstagsmajorität würde eine Vorlage, die uns in die Zustände des vorigen Jahrhunderts zurückführt, ohne Weiteres genehmigen. Zum Glück ist eine solche Vorlage nicht im Handumkreis fertig und die Schwierigkeiten, die es verurteilt, von der ersten Anregung bis zu einer formulierten Vorlage zu kommen, retten uns augenblicklich vor der entschiedenen Reaktion. Aber unzweifelhaft reisen alle Wünsche, die in dieser Beziehung gehabt werden, ihrer Erfüllung entgegen, wenn die Wahlen noch einmal so reaktionär ausfallen, wie beim letzten Mal.“

Die „Germania“ enthält in ihrer letzten Wochenubersicht eine längere Ausführung über die neuesten sozialpolitischen Projekte des Fürsten Bismarck und über die liberale Sezession. Wir heben aus diesem Artikel die interessantesten Punkte hervor:

„Fürst Bismarck will etwas Positives zur Aufhellung der notleidenden Klassen leisten, und zwar mit Hilfe der Großindustriellen und der bestreiteten Vertreter der „liberalen“ Bourgeoisie. Angesichts dieser sonderbaren Koalition zum Besten des arbeitenden Volkes kann man die Frage nicht unterdrücken: Wer ist der Dux? Wollen die Großindustriellen und Bourgeoisie den Reichskanzler duplizieren, oder will Fürst Bismarck sie mit diplomatischer Kunst zu Koncessionen an die Arbeiter verlocken, oder wird schließlich der kleine Mann und Proletarier mit seinen getäuschten Hoffnungen die Kosten dieses Manövers tragen? Die Partei des Centrums sieht dem Grunde danken der angekündigten Bestrebungen Bismarcks durchaus sympathisch gegenüber. Was zunächst die Einsetzung eines volkswirtschaftlichen Senats betrifft, so entspricht dieselbe durchaus unserem Ideal von vorsichtiger Gesetzgebung. Nur müssen wir hier wie bei allen sozialen Projekten sofort die conditio sine qua non stellen: Universalität, Unparteilichkeit, Heranziehung von richtigem Vertretern aller Klassen, auch der niedrigsten, besonders auch des eigentlichen Arbeiters an des. Letzteres wird ja noch besonders befürwortet durch den politischen Nebenzweig der sozialen Kampagne, die Verhüting der mißtrauischen und unzufriedenen Elementen, aus denen sich die Unruhpartei refriktirt. Was wäre denn auch für eine Gefahr dabei, z. B. Herrn Tritschke in den volkswirtschaftlichen Senat zu berufen? Folgt er nicht dem Rufe, dann haben seine Anhänger sich an ihn zu halten; kommt er — so wird er nichts schaden, vielleicht etwas nützen, jedenfalls viel lernen. Den Kern der Arbeiterfrage berührt das zweite Projekt, dessen Ausführung, laut Herrn Baare, der Reichskanzler in die Hand genommen hat: die Errichtung von Invaliden- und Altersversorgungs-Kassen für Fabrikarbeiter mit obligatorischer Beitragspflicht. Erwägt man nur oberflächlich einige Punkte pro und contra, so zeigt sich alsbald, daß das Projekt der Altersversorgung mit anderen großen Fragen sich zu einem Rattenknoig verschlingt. Das Versicherungswesen, die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Kommunen und die gerechte

**V e r t h e i l u n g d e r a u f i h n e n r u h e n d e n L a s t e n ,**  
und auch die **F u n n u n g s f r a g e** — alles hängt mit diesem großen Projekt zusammen. Wenn Fürst Bismarck diesen gordischen Knoten zu allseitiger Zufriedenheit zu lösen oder zu durchauen versteht, dann wollen wir gerne gestehen, daß er eine gute Prüfung in innerer Politik bestanden habe; bisher vermissen wir sein Meisterstück noch. So vermögen wir auch in der Tattis, welche die offiziöse Presse gegenüber der „liberalen“ Partei befolgt, durchaus keine besondere politische Weisheit zu finden. Die „Prov.-Corr.“ müßt sich redlich ab, zu beweisen, daß die **S e z e s s i o n i s t e n** keinen Anklage bei der „liberalen“ Wählerschaft finden; sie beruft sich dafür auf die Versammlungen in Hannover und Leipzig, obschon sie eingesehen muß, daß einzelne Stimmen, eine theilweise Rechtfertigung des Schrittes der Sezessionisten unternommen und die Fortdauer freundlichen Vernehmens mit ihnen bestimmt seien. Ja, das halbamtliche Blatt glaubt sogar die Erklärung des „liberalen“ Ausschusses in Mainz, der für Hessen jede Spaltung verhorresiert, sowie die Revolution der kasseler Vertrauensmänner, welche ebenfalls die Spaltung abweisen, aber sich mit den Grundsätzen der Sezessionisten einverstanden erklären, für seine Zwecke verwerten zu können. Wir verstehen das nicht. Daß die Sezessionisten mit ihrem lahnem Vorgehen keine gewaltige Unwollung in den Partieverhältnissen des Landes hervorufen könnten, haben alle Leute gleich gefaßt; aber die Hauptfrage für die Regierungspolitik liegt eben darin, daß sie die bei Bennigsen verbleibenden Elemente zu einer stammreichen Haltung veranlassen. In Sachsen und selbst in Hannover, dem Stammland der Komponistler, zeigt sich, daß Männer in der Partei verbleiben, welche vollständig auf dem Boden der Sezessionisten stehen; in Mainz und Kassel tritt das noch deutlicher hervor. Diese nicht ausgetretenen Freibänder und Kulturpauer werden einer Bleigewicht an den Füßen Bennigens bilden; er bedarf dieser Stimmen, um die Regierungsmehrheit fertig zu bekommen, und obendrein muß er ihnen Rechnung tragen, um den guten Schein der Einheit der Partei aufrecht zu halten. Zudem haben Herr v. Bennigsen und seine näheren Freunde aus dem Verhalten der Regierung die Überzeugung gewonnen, daß man ihrer dringend bedarf, um das Zentrum auszustechen. Jede Schmeichelei der „Provinzial-Korrespondenz“ muß das Selbstgefühl und die Eigenwilligkeit dieser „liberalen“ Prätorianer erhöhen.

Die Statistik der Ergebnisse der Rekruteneprüfung spricht für den günstigen Erfolg der unter dem Falzischen Regime gemachten Fortschritte in der Dotirung des Lehrerstandes und der Volkschulen. Von den 1879 eingestellten Rekruten konnten im deutschen Reich nur 2217 gleich 1,57 Proz. weder lesen noch schreiben, während der Prozentsatz noch 1875—1876 2,37 betrug. In allen preußischen Provinzen hat die Zahl der Analphabeten erheblich abgenommen; daß dies ganz besonders in den national-gemischten Bezirken der Fall ist, beweist die Hinfälligkeit der ultramontanen und polnischen Klagen, daß das Deutsche als Schriftsprache die Aneignung des Volkschulpensums fast unmöglich mache. In der Provinz Posen ist die Zahl der Analphabeten seit 1875 von 13,9 auf 10,9 gefallen; ähnlich steht es in dem national-gemischten Reichslande, wo sie 1875 3,5, 1879 2,2 Proz. betrug. Die Resultate der Rekruteneprüfungen widerlegen mit die harten Anklagen gegen den Lehrerstand, der nun einmal der jetzt herrschenden Richtung nicht wohlgefällig ist.

Der frühere Divisionsfarrer, spätere Regierungs- und Schulrat Lauer in Köln, welcher von dem gegenwärtigen Unterrichtsminister seiner letzten Stelle enthoben worden ist, fängt nun aufs Neue zu studieren an, um sich, wie es heißt, für den Verwaltungsdienst vorzubereiten.

In verschiedenen Blättern, im Besonderen aber in einer bukarester Korrespondenz der Nr. 274 der Augsburger „Allg. Zeitung“, wird gegen die deutsche Regierung der Vorwurf erhoben, der Regelung der Thronfolge in Rumänien Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Die erwähnte Korrespondenz verbreitet sich über dieses Thema in einer Reihe von Einzelheiten, doch entbehren diese wie jener Vorwurf überhaupt im Allgemeinen und im Besonderen jeder Berechtigung, da weder der deutsche Kaiser noch die deutsche Regierung je Verlust oder Neigung empfinden könnten, auf ausschließlich innere Angelegenheiten Rumäniens irgend eine Sphären auszuüben.

Die ungarsche Regierung schickte sich, wie die „W. A. Z.“ melbt, eben an, ein würdiges Seitenstück zu der vom Pestler Stadtrathe beschlossenen Sperrung des deutschen Theaters zu liefern. Erst vor einigen Tagen sind die einleitenden Schritte zur Uebernahme der Theaters erfölt, und schon verlautet, daß nahezu die Hälfte der Beamten pensionirt resp. abgesetzt wurden, und daß diesem Schicksal alle Jene verfallen sollen, die zehn Dienstjahre noch nicht zurückgelegt haben. Es handelt sich hier offenbar nicht um eine gewöhnliche Erparungsmaßregel, sondern um eine Purifizierung des Beamtenkörpers von allen jenen deutschen Elementen, die ihm etwa aus früherer Zeit noch anhafteten sollten. Neuerdings werden Hunderte von Familienvätern brodlos gemacht, ihrer Stellung beraubt, um wahrscheinlich magyarischen Rempaganten Platz zu machen, denen sie zwar an Kenntnis und Tüchtigkeit überlegen, jedoch nur in der einzigen, freilich unschönen Eigenschaft nicht ebenbürtig sind, daß sie eben — keine Magyaren sind. Freilich muß es einen wundern, daß in einem Staate wie Ungarn, in welchen Millionen Deutsche wohnen, es dennoch möglich ist, daß die Deutschen verfolgt werden und daß von Seite der Regierung Repressalien und Schritte ergriffen werden, welche die eigenen Landeskinder mit treffen. Versteht man in Ungarn so die Gleichberechtigung der Nationalitäten? Das beliebte Verfahren wird sich noch bitter rächen.

Die Lage im Orient ist noch unverändert. Mit dem Sonntag läuft die der Pforte zugestandene Frist ab; ob die von der letzteren nunmehr zu machenden Vorschläge die Billigung der Mächte, namentlich Englands, finden werden, ist mehr als fraglich. Offiziöse Andeutungen lassen darauf schließen, daß man auch in diesem Manöver der türkischen Regierung nichts weiter als die alte Verschleppungspolitik sehen will und keine Lust beziegt, sich wiederum an der Naß herumführen zu lassen. Meldungen der „Polit. Korr.“ aus London besagen: Die englische Regierung faßt ein eventuelles Aufgeben der Flottendemonstration nur für den einzigen Fall in's Auge, daß die Pforte die Uebergabe Dulcigno's unter den von den Mächten gebilligten Moda-

litäten direkt bewerkstelligt. Eventuelle bilaterale Vorschläge der Pforte wird die englische Regierung zurückweisen.

Der „Diritto“ dementirt die Gerüchte von einer zwischen England und Italien abgeschlossenen Allianz, wenn schon die Beziehungen der beiden Reierungen zu einander durchaus herzliche seien, und erklärt das Gericht, daß eine der Mächte mit der Ausführung des Berliner Vertrags beauftragt werden solle, sowie die Nachricht, daß der Minister des Auswärtigen den italienischen Botschafter in Berlin, Grafen de Launay, nach Rom berufen habe, für gänzlich unbegründet.

Die „Montagrevue“ sagt, wenn die Pforte nur einigermaßen Ernst mache, ihren Verpflichtungen nachzukommen, würden auch die Mächte es an billigem Entgegenkommen nicht fehlen lassen. Man habe überall die Empfindung, daß selbst der Feuerwehrer des Ministeriums Gladstone sich abgeführt habe. Nichts dränge zur Ueberstürzung der orientalischen Frage. Allerdings sei es möglich, daß im Falle der Weigerung der Pforte die von Gladstone zuerst angeregte Verschärfung der Pressionsmaßregeln nicht die Billigung und die Befreiung anderer Mächte finden würde. Allein die Auflösung der europäischen Verständigung geschehe dann nicht in dem von der Pforte angestrebten Sinne, denn England würde kaum ohne Verbündeten bleiben.

Zu der unbegründeten Nachricht von der Einäscherung Dulcigno's durch die albanische Liga giebt ein Korrespondent der „N. Fr. Pr.“ aus San Giovanni di Medua vom 30. September folgende Erklärung:

Als wir gestern Vormittag Budua erreichten, telegraphirt der bestehende Korrespondent, war dort eben die telegraphische Nachricht von Antivari eingetroffen, daß Dulcigno brenne. Diese Nachricht, welche uns auch in Antivari bestätigt wurde, erwies sich aber doch als falsch und war auf die Thatache zurückzuführen, daß ausgedrehte Niederholzwaldungen an der unteren Bojana, eine halbe Meile östlich von Dulcigno, in hellen Flammen aufloderten. Als wir Nachmittags jene Gegend passirten, glich das Bojanthal einem Feuermeer. Die aufsteigenden Rauchwolken, von einem heftigen Südostwind getrieben, lagerten in dichten Schichten über den Bergen und Thälern und waren meilenweit sichtbar. Wir verließen uns erst, daß es nicht Dulcigno sei, daß brennt, als wir auf der Höhe des Ortes anlangten.

Weiter meldet der Gewährsmann der „N. Fr. Pr.“:

Ein heute Nachts hier eingetroffener Dulcigno erzählte mir, daß nur wenige Familien den Ort verließen und daß beschlossen wurde, denselben erst dann zu räumen und gleichzeitig in Brand zu stecken, wenn die Demonstrationsflotte sichtbar werde. Auf der alten Befestigung von Dulcigno ist, was früher nicht der Fall war, die türkische Flagge ausgehängt. Im Hafen Bal Noce (Hafen von Dulcigno) steht nicht eine Barke. Von den 200 Fahrzeugen, die Dulcigno hat, ist ein Theil auf Reisen, alle übrigen führen in südl. Häfen oder in die Bojana. Ein türkisches Bataillon lagert unter Zelten an der Küste südöstlich von Dulcigno.

Das zu Konstantinopel von den sechs Botschaftern vereinbarte Protocole de désintéressement, von welchem das „Reuter'sche Bureau“ am 30. September als einer Neuigkeit berichtete, ist nach der „W. A. Ztg.“ schon am 21. September unterzeichnet worden, also zu einer Zeit, als die Stellung der Pforte zur Dulcigno-Frage noch nicht entschieden war. Es besagt, daß die Mächte, um die vollständige Uneigennützigkeit zu beweisen, mit der sie die Durchführung des Vertrages von Berlin antreten, sich verpflichten, in keinem der Arrangements, die als Folge ihrer gemeinsamen Aktion behufs Durchführung dieses Vertrages sowohl in der montenegrinischen, als eventuell auch in der griechischen Frage getroffen werden könnten, einen Gebietszuwachs, oder irgend einen ausschließlichen Einfluß, oder irgend einen Handelsvorteil zu Gunsten ihrer Unterthanen, der nicht gleichmäßig von allen andern Nationen erlangt wird, anstreben zu wollen. Lehnl. „Uneigennützige Erklärungen“ sind in orientalischen Dingen bereits wiederholt von den Mächten vereinbart worden, so zum Beispiel am 17. September 1840 in Sachen des Orients im Allgemeinen, dessen Ruhe durch Mehmet Ali's Campagne damals gestört war, und am 3. September 1860 in Sachen Syriens, das damals, nach den Libanon-Massacres, durch eine französische Brigade unter General Beaufort d'Hautpoul garnisonirt wurde, während Juad Pascha und Lord Dufferin in Damaskus über die Christenmörder Gericht abhalten ließen. Zur Zeit der letzten konstantinopoler Konferenz wurde englischerseits in einer Instruktion des Grafen Derby, d. d. London, 20. November 1876, an den Marquis von Salisbury der Gedanke angeregt, die Konferenz mit einem ähnlichen Akt einzuleiten, noch wurde der Anregung keine Folge gegeben. Es kann konstatirt werden, daß in den aufgezählten Fällen die Mächte die in dem Protokoll ausgesprochenen Verpflichtungen strikte eingehalten haben.

Aus Gravosa wird gemeldet: Die vereinigte Flotte hat den Befehl erhalten, sich bereit zu halten, um am 4. d. Mts. nach Teodo auszulaufen.

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 3. Oktbr. [Der Volkswirtschaftsrath. Zur Währungsfrage. Graf Harry Arnim.] Während von anderer Seite berichtet wurde, der Kaiser habe bereits eine Gesetzesvorlage für den Landtag über Errichtung des Volkswirtschafts-Rathes unterzeichnet, bestätigt der offiziöse „Aktionär“ vielmehr unsere Mitteilung, daß innerhalb der Regierung die Ansicht bestehe, es sei gar kein Gesetz erforderlich; das Blatt will sogar wissen, es sei bereits in diesem Sinne entschieden worden. Bei der formalen Frage, welche hier mit Rücksicht auf die jetzige Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses allein vorliegt, wäre übrigens zu erwägen, ob durch die Errichtung des Volkswirtschafts-Rathes nicht das Gesetz über die Handelsstämme, welche letztere durch die neue Körperschaft in ihrer Bedeutung wesentlich herabgedrückt werden müssen, abgeändert wird, und ob nicht deshalb ein Gesetz erforderlich wäre. Thatsächlich handelt es sich, beiläufig bemerkt, bei solchen Erwägungen fast immer nur um die Rechte des Herrenhauses, da das Abgeordnetenhaus meistens, und auch im vorliegenden Falle, durch Bewilligung oder Versagung der

erforderlichen Geldmittel die lezte Entscheidung in der Hand hat, während das Herrenhaus bekanntlich den Etat nur im Ganzen annehmen oder ablehnen kann. — Die „bimetallistische“ hiesige „Börzenztg.“ bringt eine Mitteilung, welcher der Charakter der Flunkerei zu geschäftlichen Zwecken deutlich aufgeprägt ist, in Sachen der Währungsfrage. Ob, wie das Blatt betont, die Wiederaufnahme der Silberverkäufe seitens der Reichsregierung darum unmöglich wäre, weil — was allerdings richtig ist — im diesjährigen Etat keine Geldbewilligung dafür enthalten ist, mag dahingestellt bleiben: es unterliegt unseres Erachtens keinem Zweifel, daß eine bezügliche Etatsüberschreitung mit großer Majorität nachträglich genehmigt werden würde, falls die Regierung erklärte, sich von der Notwendigkeit des Abschlusses der Münzreform überzeugt zu haben. Doch wie dem auch sein mag: ein bloßes, offenbar nicht tendenzloses Phantasiekstück ist die Erzählung, die „Führer der bimetallistischen Partei im Reichstag“ hätten vor Kurzem festgestellt, daß ein ewiger Antrag auf Vollendung des Uebergangs zur Goldwährung mit 100 Stimmen Majorität abgelehnt werden würde. Es wäre ja völlig unverständlich, was diese „Führer“ fünf Monate vor dem Beginn der Reichstagsession zu einer solchen Beurtheilung über einen von keiner Seite angekündigten Antrag veranlassen könnten. Dazu kommt aber, daß der „wirkliche Führer der bimetallistischen Partei im Reichstag“, Herr v. Karadorff, in seiner leichten Broschüre über die Währungsfrage die Sache der Doppelwährung verloren geganen, und daß er sich während der letzten Reichstagsession bereit erklärt hat, für die Einstellung eines Krebits in den Etat behufs Abschlusses der Münzreform zu stimmen — allerdings gleich dem verstorbenen Herrn v. Schweizer nur „aus Bosheit“, um die Gegner ad absurdum zu führen; aber dies ist nur eine Form des parlamentarischen Rückzugs aus einer für unhaltbar erkannten Stellung. Ein Antrag der Regierung auf Vollendung der Münzreform würde keine fünfzig Stimmen gegen sich haben; auf ihr allein lastet daher die Verantwortlichkeit für alle Folgen der Währungs-Wirren. — Graf Harry Arnim hat von Neuem den Instanzenzug aufgenommen, um sich die Rückkehr nach Deutschland ohne Gefahr der Verhaftung zu ermöglichen: er hat einen der hiesigen Gerichtsärzte zu sich in's Ausland kommen, sich von ihm untersuchen lassen und dessen Gutachten, wonach mit einer Verhaftung unmittelbare Gefahr für Graf Arnim's Leben verbunden wäre, der Staatsanwaltschaft mit dem erneuten Gesuch um Strafausschluß eingereicht.

Das französische Paar wird sich nach den neuesten Dispositionen von Köln aus nicht nach Wiesbaden, sondern nach Baden-Baden begeben, weil dort einem Wunsche des Kaisers zufolge der Geburtstag des Kronprinzen am 18. Oktober begangen werden soll. — Die Gerüchte über die Verlobung der vermittelten Prinzessin Heinrich der Niederlande mit dem Großherzog von Hessen verschwinden nicht; es würde nach Mitteilungen aus Hofkreisen die förmliche Verlobung jedoch erst nach Rückkehr des Prinzen Karl erfolgen, welche in der dritten Woche dieses Monats erwartet wird. Dann soll auch die Prinzessin Heinrich wieder am hiesigen Hofe eintreffen, und auch ein Besuch des Großherzogs von Hessen in Aussicht stehen.

Prinz Heinrich wird am 6. oder 7. Oktober aus Kiel in Berlin bzw. Potsdam eintreffen. Demnächst wird der selbe seine Eltern nach Köln zu Theime an den Domfeierlichkeiten und nach Beendigung derselben nach Baden-Baden begleiten, wo der Kronprinz, wie bereits mitgetheilt, mit den Majestäten und der Großherzog bairischen Familien seinen Geburtstag zu feiern gedenkt.

## Locales und Provizielles.

Posen, 4. Oktober.

r. Brand auf dem Märkisch-Posener Bahnhof. Sonnabend Abends 8½ Uhr brach in dem noch eine Strecke hinter dem Bahnhof der Märkisch-Posener Bahn gelegenen alten Lokomotiv-Schuppen, mutmaßlich durch Unvorsichtigkeit, Feuer aus, welches unter den dort befindlichen, mit Öl und Fetten getränkten Putzklappen so rasch um sich griff, daß das ganz aus Holz errichtete Gebäude in kurzer Zeit vollkommen in Flammen stand und es nur mit großer Mühe gelang, eine der drei im Schuppen befindlichen Lokomotiven aus demselben herauszuschaffen; die beiden anderen, Namens „Bomby“ und „Elbe“, beide in der Stettiner Maschinenbau-Aktien-Fabrik „Vulcan“ im Jahre 1868 angefertigt, blieben der Gluth des Feuers ausgefetzt. Vom brennenden Schuppen pflanzte sich das Feuer auf die in der Nähe befindlichen Bahnschuppen fort, von denen etwa 2000 verbrannten; der Wind trieb sodann die hoch auslodende Flamme nach zwei großen Stein Kohlenhaufen mit zusammen ca. 30,000 Ztr. Inhalt, die bald vollkommen in Brand standen. Zwar eilten Spritzen aus den benachbarten Orten, vom Bahnhofe und die Landspritze aus der Stadt Posen zu Hilfe; auch wurden zwei Lokomotiven als Dampfspritzen in Thätigkeit gesetzt; da es aber an Wasser fehlte, und die in die brennenden Steinkohlen hineingeprägte, verhältnismäßig geringe Wassermenge mehr die Glut förderte, als hemmte, so wurde schließlich von ferneren Versuchen, das Steinkohlenfeuer zu löschen, Abstand genommen: eine weitere Gefahr war nicht vorhanden, da die Flammen durch den Wind nach Osten getrieben wurden, und nach dieser Richtung dort in der Nähe keine Gebäude stehen. Noch Sonntag Abends standen die Steinkohlenhaufen in vollem Brande und erhöhten die Gegend weit hin; schon von der Bahnhofs-Chaussee vor dem Berliner Thor sah man die Flammen; die Glut war so stark, daß man nahe heran nicht kommen durfte; auch hatte sich das Geleis, welches von dem abgebrannten Schuppen nach einer Drehtheibe, und von dort weiter nach dem Bahnhofe führt, durch die Hitze so ausgedehnt, daß anfänglich das auf der Drehtheibe befindliche Geleis nicht mehr an jenes paßte. Die Steinkohlen werden mutmaßlich wohl noch einige Tage brennen. Der angesetzte Schaden soll ca. 100,000 M. betragen. Schuppen, Lokomotiven, Steinkohlen &c. waren gegen Feuersgefahr verhüttet.

r. Das alte Schulhaus in der Schulstraße, in welchem bisher während des Baues des neuen städtischen Krankenhauses die weiblichen Kranken untergebracht waren, wird nunmehr, nachdem ein Theil des neuen Krankenhauses hergestellt ist, und in demselben die weiblichen Kranken untergebracht werden können, abgebrochen werden: zum Verkauf des Gebäudes steht am 4. d. W. Termin an. Nach Abbruch des alten Schulhauses wird im nächsten Jahre der noch fehlende Theil des neuen städtischen Krankenhauses auf der Stelle des ehemaligen Schulhauses hinzugebaut werden; da derselbe jedoch erst im darauffolgenden Jahre im Innern ausgebaut werden wird, so wird demnach das neue Krankenhaus erst zu Michaelis 1882 vollständig fertig hergestellt sein.

+ Zur Kinderpest in Warschau. Nach einer weiteren uns heute zugegangenen Mitteilung ist in Warschau die Kinderpest auf der Prager Vorstadt ausgebrochen. Es sind dieser Seuche drei Stück Windhund erlegen.

r. Selbstmord. In einem hiesigen Hotel war am Freitag ein etwa 60 Jahre alter Mann eingekrohlt, welcher sich als Bürgermeister a. D. aus einer Kreisstadt unserer Provinz einzeichnerte. Als Sonn-

bend Vormittags 11 Uhr das Zimmer, in welchem dieselbe logirte, sich auf mehrmaliges Klopfen nicht geöffnet wurde und sich Niemand im Zimmer regte, wurde die Thür in Anwesenheit eines Polizeibeamten durch einen Schlosser geöffnet. Es ergab sich nun, daß der alte Mann tot, quer über das Bett gestreckt, lag; auf dem Tische vor ihm befand sich ein Brief, nach dessen Inhalt zu schließen sich der Unglückliche bei dem faum noch 3 Mark gesunden wurden, vergiftet hatte; die Leiche ist nach der Obduktionshalle des Landgerichts gebracht worden.

## Staats- und Volkswirtschaft.

**1. Zum Bau von Sekundärbahnen in der Provinz Posen.** Von Seiten eines Konsortiums, welches in Anschluß an die Märkisch-Posen Bahnen mehrere Sekundärbahnen in unserer Provinz zu bauen beabsichtig (Bentschen-Pinne, Ventlichen-Meisels, Opalenica-Grätz, Leutomischel-Pinne), war an die Märkisch-Posen Eisenbahngesellschaft mit Hinweis darauf, daß durch diese Sekundärbahnen der Märkisch-Posen Bahnen eine nicht unbedeutende Zufuhr geschaffen werden würde, das Eruchen gerichtet worden, sich an dem Bau derselben mit geringen Summen zu beteiligen; und es war daran die Bedingung geprägt worden, daß die Märkisch-Posen Eisenbahngesellschaft 500,000 M. Aktien der betreffenden Sekundärbahnen übernehmen sollte. Die Verwaltung der Märkisch-Posen Eisenbahngesellschaft hat sich daher dahin geäußert, daß sie die Aktien nur dann übernehmen wolle, wenn von den betreffenden Kreisen und Kommunen eine Garantie von 4 Prozent für die Vergütung, und von 1 Prozent für die Amortisation der Aktien geleistet werden würde. Da aber, wenn solche Garantien geleistet würden, das betr. Konsortium nicht auf die Hilfe der Märkisch-Posen Eisenbahngesellschaft zu rechnen brauchte, so sind die weiteren Verhandlungen vorläufig abgebrochen worden.

## Telegraphische Nachrichten.

**Baden-Baden**, 3. Oktober. Im Anschluß an die Feierlichkeiten aus Anlaß des Geburtstages der Kaiserin fand gestern Abend im Kurhaus ein Festkonzert statt, welchem Ihre Majestäten sowie der Großherzog mit seiner Familie und Gefolge bewohnten. Der Konzertsaal war besonders schön geschmückt; die Elite der Gesellschaft war zahlreich vertreten. An der Aufführung wirkten u. a. mit Fräulein Lilli Lehmann (Berlin), Frau Normann-Neruda (London), Herr Nachbaur (München).

**Straßburg i. E.**, 2. Okt. Staatssekretär Hofmann ist heute hier eingetroffen.

**Wien**, 2. Oktbr. Der "Montagrevue" zufolge wird der Reichsrath auf den 22. November c. einberufen.

**Pest**, 2. Oktbr. Unterhaus. Im weiteren Verlaufe der Sitzung gelangte ein kaiserliches Handschreiben zur Verlesung, durch welches die Delegationen auf den 19. d. Mts. nach Pest einberufen werden.

**Pest**, 2. Oktbr. In der heutigen Konferenz der liberalen Partei wurde eine engere Kommission behufs Ausarbeitung eines Modus procedendi bei dem Entwurf über eine festere Organisation der Partei festgesetzt. Bei der heute erfolgten Konstituierung der Sektionen des Unterhauses erhielt die liberale Partei in 7 Sektionen die Majorität.

**Rom**, 1. Okt. Der König und die Königin von Griechenland treffen morgen in Monza ein.

**Mailand**, 2. Oktbr. Der König und die Königin von Griechenland sind heute Vormittag hier eingetroffen.

**Paris**, 2. Oktober. Dem für morgen beauftragten von Rochefort betriebenen Meeting behufs einer Kundgebung gegen die Flottendemonstration ist die Genehmigung der Behörde nicht erteilt worden.

**Paris**, 3. Oktober. In der Wohnung des Seinepräfekten brach gestern Abend 10½ Uhr eine Feuersbrunst aus, die größere Dimensionen anzunehmen drohte; über den Umfang des Feuerschadens liegen noch keine näheren Nachrichten vor. — Das Verbot des für heute projektierten Meetings gegen die Flottendemonstration soll erfolgt sein, weil die Veranstalter derselben den gesetzlichen Erfordernissen bezüglich Abhaltung einer öffentlichen Versammlung nicht nachgekommen sind.

**London**, 3. Oktober. Die Minister Gladstone, Granville, Harcourt und Northbrook haben sich auf das Land begeben, der Staatssekretär für Indien, Lord Hartington, begibt sich nach Balmoral zur Königin und wird einige Zeit dort verbleiben. Die Nachricht, daß für morgen ein Kabinetsrat einberufen sei, bestätigt sich nicht.

**Antivari**, 1. Oktober. Hier eingetroffene Nachrichten besagen, daß 620 Skutarioten, 180 Mohamedaner aus Mittelalbanien und 220 Dibranter in Dulcigno eingetroffen sind. Dagegen soll dafelbst kein einziger Maliske oder Mitridite sein, da erstere in Tuft stehen und letztere mit der albanischen Liga gespannt sind. Die Zahl der Albaner in und um Dulcigno dürfte daher 4000 Mann keinesfalls übersteigen, die Zahl der Türken wird im Ganzen auf 6000 Mann geschätzt.

## Briefkasten.

**S. B. in R.** Wir sind außer Stande, Ihrem Wunsche zu willfahren, da wir an ältere Verbindungen gefesselt sind, die wir nicht ohne Weiteres lösen können.

**M. Posen**. Nach den in unserer Zeitung öfter enthaltenen Annoncen erhalten Privat-Unterricht in der englischen Sprache Mrs. Cullmann und Frau König.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Oktober 1880.

Datum	Barometer auf 0 Stunde	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. Grad.
	Gr. reduz. in mm 82 m Seehöhe.			
2. Nachm.	749,2	W lebhaft	bedeckt	+15,5
2. Abends	745,4	W lebhaft	trübe	+12,7
3. Morgs.	740,2	W stark	bedeckt Regen	+8,0
3. Nachm.	745,0	W stark	wolfig <sup>1)</sup>	+10,1
3. Abends	746,2	SW lebhaft	heiter	+ 6,3
4. Morgs.	745,7	W lebhaft	trübe	+ 4,9

<sup>1)</sup> Regenhöhe 0,8 mm.

Am. 2. Wärme-Maximum +16°,4 Celsius.

= = Wärme-Minimum +9°,2

Am. 3. Wärme-Maximum +14°,7 Celsius.

= = Wärme-Minimum +6°,0

## Wetterbericht vom 3. October., 8 Uhr Morgens.

Ort.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv. reduz.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. Grad.
Mullaghmore	764	NNW	5 wolfig	7
Aberdeen	755	NN	5 Regen	5
Christiansund	751	NSO	2 wolfig	3
Kopenhagen	747	NNW	4 bedeckt	6
Stockholm	742	NNW	4 bedeckt	4
Haparanda	751	N	4 bedeckt	1
Petersburg	745	S	2 bedeckt	1
Moskau	752	SSW	1 wolfig	10
Torl Queenst.	765	NNW	3 heiter <sup>1)</sup>	6
Breda	763	SO	4 wolfig <sup>2)</sup>	10
Gelder	754	W	4 Regen	10
Sult	750	NNW	2 heiter <sup>3)</sup>	6
Hamburg	751	W	2 Regen <sup>4)</sup>	7
Strelitz	748	WSW	4 heiter <sup>5)</sup>	8
Neufahrwasser	745	WNW	1 bedeckt <sup>6)</sup>	8
Memel	742	N	3 Regen <sup>7)</sup>	8
Paris	762	W	2 wolkenlos	6
Münster	756	W	3 wolfig <sup>8)</sup>	5
Karlsruhe	759	NO	2 Regen	6
Wiesbaden	759	NW	1 wolkenlos <sup>9)</sup>	7
München	758	W	4 bedeckt	12
Lippspringe	755	W	3 halb bedeckt <sup>10)</sup>	7
Berlin	751	W	5 bedeckt <sup>11)</sup>	8
Wien	756	SW	1 wolfig	8
Breslau	752	NW	4 bedeckt <sup>11)</sup>	9
Die d'Air	762	W	2 bedeckt	17
Nizza	—	—	still	halb bedeckt
Triest	759	still	—	15

<sup>1)</sup> Seegang leicht. <sup>2)</sup> Seegang leicht. <sup>3)</sup> Nachts stürmische Gale. <sup>4)</sup> Gestern und Nachts Regen. <sup>5)</sup> Nachts Regen. <sup>6)</sup> Grieche Nachm. Nachts Regen. <sup>7)</sup> Gestern und Nachts Regen. <sup>8)</sup> Nachts etwas Regen. <sup>9)</sup> Nachts Regen. <sup>10)</sup> Nachts Regen. <sup>11)</sup> Regenschauer.

**Anmerkung:** Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstenzone von Irland bis Ostpreußen, 3. Mittel-Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

**Skala für die Windstärke:**

1 = leichter Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = stief, 8 = sturmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

**Uebersicht der Witterung.**

Das barometrische Minimum, welches gestern über Süd-Schweden lag, ist bis zum Rigaschen Busen fortgeschritten, nachdem es am Abend und in der Nacht an der deutschen Küste vielfach stürmisches Wetter, an der östlichen Nordsee stellenweise schwere Hagelböen verursacht hatte. Auch jetzt dauert die unruhige Witterung an der deutschen Küste noch fort und es treten dafelbst vielfach noch starke westliche und nordwestliche Winde auf. Im übrigen Zentral-Europa ist es trüb, stellenweise regnerisch. Die Temperatur ist in Norddeutschland beträchtlich gesunken und liegt jetzt in Deutschland überall unter der normalen. Tammerfors meldet Schnee.

**Deutsche Seewarte.**

Wasserstand der Warthe.				
Posen	am 1. Oktober	Mittags	1,20 Meter.	
=	2.	=	1,22	=
=	3.	=	1,26	=

## Telegraphische Börsenberichte.

### Fonds-Course.

**Berlin**, 3. Okt. (Privatverkehr.) Kreditaktien 486,00 a 486,50 a 486,00 a 487,00, Franzosen 476,00, Lombarden 140,00, 1860er Loosse 121,40, österreichische Silberrente 62,00, do. Papierrente 61,00, do. Goldrente 74,90, ungar. Goldrente 92,40 a 92,25, Italiener 85,25, Türk. 10,00, 1877er Russen 91,75, 1880er Russen 71,00, Russische Noten per ultimo 208,50 a 208,75, II. Orientanleihe 58,60, III. Orientanleihe 58,10 a 58,25, 6proz. Rumänische Rente 89,90, Bergisch-Märkische 118,25 a 118,40 a 118,00 a 118,10, Oberschlesische 196,50 a 196,25, Rechte Oderufer 146,75, Galizier 118,40, Distrikto-Kommandit 176,25 a 176,00 a 176,40, Darmstädter Bank 149,75 a 150,50, Deutsche Bank 144,75 a 144,40, Laurahütte 122,25 a 121,60 a 121,90, Dortmunder 90,00 a 89,50 a 89,60. Ziernlich fest, schwaches Geschäft. Nachbörse unverändert.

**Frankfurt a. M.**, 2. Oktober. (Schluß-Course.) Still.

**Lond.** Wechsel 20,412. Pariser do. 80,42. Wiener do. 171,40. R. M. St. A. 147,4. Rheinische do. 158,5. Hess. Ludwigsh. 99,5. R. M. - Pr. - Ant. 130,5. Reichszahl. 99,5. Reichsbank 147. Darmst. 147,2. Meininger B. 94,5. Ost.-ung. Bl. 70,25. Kreditaktien<sup>2)</sup> 241. Silberrente 62,5. Papierrente 61,5. Goldrente 75,5. Ung. Goldrente 92,5. 1860er Loosse 121,8. 1864er Loosse 304,50. Ung. Staatsl. 211,75. do. Ost.-Ob. II. 84,5. Böh. Weißbahn 199. Elisabethb. 163. Nordwestb. 150,5. Galizier 236. Franzosen<sup>3)</sup> 237. Lombarden<sup>4)</sup> 68,5. Italiener 91,5. II. Orientanl. 58,5. Bentr.-Pacific 110,5. Distrikto-Kommandit —. Elsthalbahn —. Neue 4proz. Russen —. 4prozent. Obligationen der Stadt Stockholm —. Lothringer Eisenwerke 84,5.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 241,5. Franzosen 237,5. Galizier 236,5. ungar. Goldrente —. II. Orientanleihe —. 1860er Loosse —. III. Orientanleihe —. Lombarden —. Schweizer. Zentralbahn —. Main-Ludwig. hafen —. 1877er Russen —. Böhmisches Westbahn —. Lombarden —.

<sup>2)</sup> per medio resp. per ultimo.

**Frankfurt a. M.**, 2. Oktober. Effeten-Sozietät. Kreditaktien 241,5. Franzosen 237,5. Lombarden 69,5. 1860er Loosse —. Galizier 236, österreich. Goldrente —. ungarische Goldrente 92,5. II. Orientanleihe —. österr. Silberrente —. Papierrente —. III. Orientanleihe —. 1880er Russen —. Meininger Bank —. Fett.

**Wien**, 2. Oktober. (Schluß-Course.) Die Börse erfuhr durch Arbitrageverkäufe eine vorübergehende Abschwächung, schloß aber auf die Haas'sche Meldung aus Konstantinopel bestätigt.

Papierrente 71,50. Silberrente 72,60. Österreich. Goldrente 87,60. Ungarische Goldrente 107,87,5. 1854er Loosse 120,70. 1860er Loosse 130,50. 1864er Loosse 171,50. Kreditloose 177,00. Ungar. Prämiens. 107,50. Kreditaktien 282,50. Franzosen 275,75. Lombarden 81,00. Galizier 274,50. Kasch.-Öderb. 128,50. Nordbahn 136,00. Nordwestbahn 176,00. Elisabethbahn 189,50. Nordbahn 244,00. Österreich. Bank 186,00. Türk. Lo

## Produkten-Börse.

Berlin, 2. Oktober. Wind: NW. Wetter: Bezogen.

Weizen per 1000 Kilo loko 180—235 M. nach Qualität gefordert. N. gelber — M. ab Bahn bez., per Oktober 212 $\frac{1}{2}$ —214—213 bez., per Oktober-November 209 $\frac{1}{2}$ —208 bez., per November-Dezember 208 $\frac{1}{2}$ —207 $\frac{1}{2}$  bez. Gefündigt 2000 Zentner. Regulierungspreis 213 M. — Roggen per 1000 Kilo loko 200—213 M. nach Qualität gefordert, russischer — ab Kahn bez., inländischer 205—210 M. ab Bahn bez., seiner — M. a. B. bez., per Oktober 201—202—203—202 bez. B. per Oktober-November 198 $\frac{1}{2}$ —198—200 bez., per November-Dezember 196 $\frac{1}{2}$ —196—197 $\frac{1}{2}$  bez., per Dezember-Januar — bezahlt, per Januar-Februar — bez., per April-Mai 188 $\frac{1}{2}$ —188—189 $\frac{1}{2}$ —189 bez. Gefündigt 6000 Ztr. Regulierungspreis 202 M. bez. — Gerste per 1000 Kilo loko 140—195 nach Qualität gefordert. Hafser per 1000 Kilo loko 133—165 nach Qualität gefordert, russischer 137—144 bez., öst- und westpreußischer 138—146 bez., pommerischer und mecklenburgischer 144—147 bez., schlesischer 140—145 bez., böhmischer 140—145 bez., per Oktober 142 $\frac{1}{2}$ —142 $\frac{1}{2}$ —143 bez., per Oktober-November 138 bez., per November-Dezember 138 bez., per April-Mai 142 bez. Gefündigt 6000 Zentner. Regulierungspreis 143 bez. — Erbsen per 1000 Kilo Röhrpaaare 193—210 M. — Futterware 180—193 M. — Mais per 1000 Kilo loko 124—129 bez. nach Qualität, rumänischer — ab Bahn bez., amerikanischer — M. f. W. bez. — Weizenmehl per 100 Kilo brutto 00: 32,00—3100 M. 0: 30,50—29,50 M. 0/1: 29,50—28,50 M. — Roggenmehl infl. Sac 0: 29,75—28,75 M. 0/1: 28,75—27,75 M. per Oktober 28,25—28,40 bez., per Okt.-November 28,00—28,15 bez., per November-Dezember 27,80—28,00—27,95 bez., per Dezember-Januar — bezahlt, per Januar-Februar — bez., per April-Mai 27,00—27,15 bez. Gefündigt 7500 Ztr. Regulierungspreis 28,40 M. — Ölzaat per 1000 Kilo Winterrapss neuer Markt, Winterlinsen neuer — Markt. — Rübel per 100 Kilo loko ohne Fass 53,5 M. flüssig — M. mit Fass 53,8 M. per Oktober 54,0—53,8 bis 53,9 bez., per Oktober-November 54,0—53,8—53,9 bez., per Nov-

Dezember 55,0—54,9 bez., per Dezember-Januar 56,0—55,9 bez., per Jan.-Febr. — bez. abgelaufene Sch. — bez., April-Mai 58,0—57,7—57,9 bez., per Mai-Juni — bez. Gefündigt 5700 Ztr. Regulierungspreis 53,9 M. — Seine 101 per 100 Kilo loko 67,0 M. — Petroleum per 100 Kilo loko 31,5 M. per Oktbr. 31,0 bez., per Oktbr.-Novbr. 31,0—31,1 bez., per November-Dezember 31,0—31,1 bez., per Dezember-Januar 31,0—31,1 bez., per April-Mai — bez. Gefündigt Zentner. Regulierungspreis — M. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Fass 57,3—57,4 bez., per Oktober 57,5—57,3—57,5 bez., per Oktober-November 56,4—56,2—56,5 bez., per November-Dezember 56,0 bez., per Dezember-Januar — bez., per April-Mai 57,3—57,0—57,2 bez. Gefündigt 270,000 Liter. Regulierungspreis 57,4 M. (Berl. Börz. 3tg.)

## Breslau, 2. Oktober. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.)

Kleesaat, rothe behauptet, ord. 25—28, mittel 30—37, fein 38—40, hochfein 41—44, weisse unverändert, ordinär 30—40, mittel 41—55 fein 56—65 hochfein 70—75.

Roggen: (per 2000 Pfund) unverändert, Gefündigt — — Zentner Abgel. Ründgäsch. — — per Oktober 196,50—197 bez., per Oktober-November 192, — Gd. per November-Dezember 189 Br. per April-Mai 188 bez.

Weizen: Gefündigt 1000 Ctr. per Oktober 200 Br. per Oktober-November 202 Br. per November-Dezember 202 Br.

Petroleum: per 100 Kilogramm loko u. per Oktober 36,50 Br. 36,00 Gd.

Hafser: Gefündigt — — Ctr. per Oktober 132,00 Gd. per Oktober-November 133,00 Gd. per November-Dezember 135,90 Gd. per April-Mai 138 bez.

Raps: Gefündigt — Etner. per Oktober 240 Br. per November-Dezember — —

Rüböl: nahe Termine matter. Gef. — — Str. Lolo 54,00 Br. per Oktober 51,00 bez., per Oktober-November 51,00 bez., per November-Dezember 52,50 Br. 52,— Gd. per Dezember-Januar 53,25 Br. per April-Mai 56,00 Br. per Mai-Juni 56,75 Br.

Berlin, 2. Oktober. Schon die gestrigen Abendbörsen ließen eine durchgreifende Abschwächung erkennen, und da auch von der Wiener Börse mittere Course gemeldet wurden, so nahm auch der hiesige Markt eine gedrückte Haltung an. Als verstimmende Momente werden die neueren Meldungen über den gegenwärtigen Stand der montenegrinischen Frage angegeben und sah sich dadurch die Spekulation veranlaßt, eine nur beobachtend Stellung zu bewahren. Einerseits be-

## Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 2. Oktober 1880.

Preußische Fonds- und Geld-Course.

Confl. Anleihe	4 $\frac{1}{2}$	104,50	bz
do. neue 1876	4	100,10	bz
Staats-Anleihe	4	99,75	bz
Staats-Schuldsh.	3 $\frac{1}{2}$	98,00	bz
Od.-Deichh.-Obl.	4 $\frac{1}{2}$		
Berl. Stadt-Obl.	4 $\frac{1}{2}$	103,70	bz
do. do.	3 $\frac{1}{2}$	94,00	G
Schldv. d. B. Kfm.	4 $\frac{1}{2}$	100,50	B
Pfaudbriefe:			
Berliner	5	107,00	bz
do.	4 $\frac{1}{2}$	103,70	bz
Landj. Central	4	98,00	bz
Kur. u. Neumärk.	3 $\frac{1}{2}$	92,50	bz
do. neue	3 $\frac{1}{2}$	91,00	bz
do. neue	4	99,00	bz
N. Brandbg. Kred.	4		
Östpreußische	3 $\frac{1}{2}$	90,00	bz
do.	4	98,75	bzB
do.	4 $\frac{1}{2}$	101,40	G
Pommersche	3 $\frac{1}{2}$	90,00	bz
do.	4	99,40	B
do.	4 $\frac{1}{2}$	102,70	bzB
Posensche, neue	4	99,00	bz
Sächsische altl.	4		
do. alte A. u. C.	4 $\frac{1}{2}$		
do. neue A. u. C.	4		
Westpr. rittersch.	3 $\frac{1}{2}$	90,00	bz
do.	4	88,90	G
do. II. Serie	4 $\frac{1}{2}$	103,00	bz
do. neue	4		
do.	4 $\frac{1}{2}$	103,00	bz
Rentenbriefe:			
Kur. u. Neumärk.	4	99,75	bz
Pommernische	4	99,75	Bz
Posensche	4	99,70	bz
Preußische	4	99,70	bz
Rhein. u. Westfäl.	4	99,90	G
Sächsische	4	100,50	bzB
Schlesische	4	100,50	G
Souvereinges			
20-Franklinische			
do. 500 Gr.			
Dollars			
Imperialis	do. 500 Gr.		
Fremde Banknoten			
do. einl. bsb. Leipz.			
Franzö. Banknot.	80,30	G	
Deutsch. Banknot.	171,80	bz	
Russ. Noten 100 Rbl.	208,50	bz	
Dentische Fonds.			
P-A. v. 55 a 100 Th.	3 $\frac{1}{2}$	148,75	bz
Hess. Prsch. a 40 Th.		281,25	bz
Bav. Pr. A. v. 67.	4	133,00	G
do. 35 fl. Oblig.		174,50	bzB
Bav. Präm.-Anl.	4	135,00	B
Braunsch. 20 thl.-L.		97,75	bz
Brem. Anl. v. 1874	4		
Cöln-Md.-Pr.-Anl.	3 $\frac{1}{2}$	130,25	bzG
Deß. Et. Pr. Anl.	3 $\frac{1}{2}$	126,10	bz
Goth. Pr.-Pfdbr.	5	110,00	bz
do. II. Acht.	117,50	bz	
B. Pr. A. v. 1866	3	185,00	bz
Lübecker Pr. Anl.	3 $\frac{1}{2}$		
Miekl. Eisendhnl.	3 $\frac{1}{2}$	91,75	bz
Meiningen Loofe	—	26,30	bz
do. Pr.-Pfdbr.	4	122,00	bz
Oldenburger Loofe	3	153,50	B
D.-C.-V.-Pfdbr.	5	106,50	bzG
do. do.	4 $\frac{1}{2}$	102,25	bzG
Dtsch. Hypoth. unf.	5	100,00	G
do. do.	4 $\frac{1}{2}$	101,40	bzG
Mein. Hyp.-Pfdbr.	4 $\frac{1}{2}$	100,40	G
Russ. Crfr.-H. A.	5	99,00	bz
do. Hyp.-Pfdbr.	5		
* ) Wechsel-Course.			
Amsterd. 100 fl. 8 Z.	168,40	bz	
do. 100 fl. 2 M.	167,60	bz	
London 1 Lstr. 8 Z.	20,41	bz	
do. do. 3 M.	20,30	bz	
Paris 100 Fr. 8 Z.	80,40	bz	
Bigr. Bspf. 100 fl. 3 Z.	55,40	B	
do. v. 1865	5		
do. v. 1863	6		
do. Loofe vollges.	3	23,00	bzB
16,14,5	bz		

## Ausländische Fonds.

Amerik. rdz.	1881	6	
do. do.	1885	6	
do. Bds. (fund.)	5	100,70	bz
Norweger Anleihe	4 $\frac{1}{2}$		
Newyork. Std.-Anl.	6	120,75	G
Desterr. Goldrente	4	75,30	bz
do. Pap.-Rente	4 $\frac{1}{2}$	61,30	bz
do. Silber-Rente	4 $\frac{1}{2}$	62,00	G
do. 25 fl. 1854	4		
do. Cr. 100 fl. 1858	—	332,00	G
do. Lott.-A. v. 1860	5	121,50	bzB
do. do. v. 1864	—	303,00	G
Ungar. Goldrente	6	92,40	bzB
do. St.-Esb. Alt.	5	88,00	bzB
do. Loofe	—	209,50	bzG
do. Schatzb. I.	6		
do. do. kleine	6		
Italianische Rente	5		
do. Tab.-Oblg.	6		
Rumäniere	8	107,60	G
Finnische Loofe	—	49,10	bz
Auff. Centr.-Bod.	5	78,00	G
do. Engl. A. 1822	5	88,40	bz
do. do. A. v. 1862	5	88,80	bz
Russ. fund.	1870	5	
Russ. com. A. 1871	5	89,40	B
do. do. 1872	5	89,40	B
do. do. 1873	5		
do. do. 1877	5	91,75	bz
do. do. 1880	4	71,30	bz
do. Boden-Credit	5	82,00	bzB
do. Pr. A. v. 1864	5	143,75	bz
do. v. 1866	5	141,20	bz
do. 5. A. Stieg.	5		
do. 6. do. do.	5	86,20	bzB
do. Pol. Sch.-Obl.	4	83,40	B
do. do. kleine	4		